FDP | TEAM Putzke
Die Freie Fraktion für Passau

An den Oberbürgermeister der Stadt
Herrn Andreas Rother
Rathausplatz 2
94032 Passau

16. November 2026

ANTRAG

Evaluation der Rufbusse

Persönliche Bürgerbefragung und praktische Einführung für Senioren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
lieber Andreas,

die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag vorsorglich für den Fall, dass nach Abschluss der Bürgerinformationsveranstaltungen und Auswertung der Bürgerbeteiligung sowie der anschließenden Beratung und Beschlussfassung im Aufsichtsrat der Stadtwerke und im Stadtrat On-Demand-Busse eingeführt werden. Die Entscheidung über die Einführung bleibt dem weiteren Verfahren vorbehalten.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Stadtwerken und der Verkehrsbetriebsgesellschaft Passau mbH im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeiten folgende Maßnahmen umzusetzen:

1. Praktische Einführung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat

Rechtzeitig, spätestens vier Wochen vor Betriebsaufnahme, wird gemeinsam mit dem Seniorenbeirat eine barrierefrei zugängliche Informations- und Übungsveranstaltung für ältere Bürgerinnen und Bürger durchgeführt. Bei Bedarf werden zusätzliche Termine in den betroffenen Stadtteilen angeboten. Die Veranstaltung muss auf dem tatsächlich beschlossenen System beruhen; die Einladung erfolgt auch über nichtdigitale Wege.

Buchung, Änderung und Stornierung einer Fahrt sowie Ticketkauf und Rückfahrt werden verständlich erklärt und praktisch erprobt. Besonderes Gewicht erhalten die Nutzung ohne Smartphone, die telefonische Buchung und der Umgang mit unvorhersehbaren Rückfahrtzeiten, etwa nach Arztbesuchen. Eine gut lesbare gedruckte Anleitung und eine persönliche Ansprechstelle für Rückfragen ergänzen das Angebot.

2. Persönliche Befragung aller betroffenen Einwohner

Alle Einwohnerinnen und Einwohner der betroffenen Stadt- und Ortsteile werden individuell mit einem persönlich adressierten Schreiben gebeten, ihre Erfahrungen, Schwierigkeiten und Verbesserungsvorschläge mitzuteilen. Erfasst werden sämtliche Gebiete, in denen bisherige Busverbindungen ganz oder teilweise durch On-Demand-Verkehre ersetzt oder ergänzt werden. Die Befragung schließt ausdrücklich Personen ein, die das neue Angebot nicht nutzen oder seine Nutzung aufgegeben haben; auch die Gründe hierfür werden erhoben.

Dem Schreiben liegt ein kurzer, verständlicher Fragebogen mit kostenfreier Rücksendemöglichkeit bei. Zusätzlich werden telefonische und digitale Antworten ermöglicht. Die Teilnahme ist freiwillig und ohne Namensangabe möglich; Versanddaten und Antworten bleiben getrennt. Für die Rückmeldung stehen mindestens vier Wochen zur Verfügung. Die Befragung beginnt so rechtzeitig, dass der Bericht nach Ziffer 4 fristgerecht vorliegt.

3. Bewertung der tatsächlichen Alltagstauglichkeit

Die Evaluation untersucht insbesondere:

- Verständlichkeit und Zugänglichkeit der Buchung, insbesondere per Telefon sowie ohne Smartphone oder verlässlichen Internetzugang;
- Vorbuchungsfristen, tatsächliche Wartezeiten, Pünktlichkeit, ausgefallene Fahrten und nicht erfüllte Fahrtwünsche;
- Erreichbarkeit der Haltestellen, Barrierefreiheit, Anschlussverbindungen und die Verlässlichkeit von Hin- und Rückfahrten, auch abends und am Wochenende;
- Veränderungen gegenüber dem bisherigen Angebot: Erreichbarkeit von Arbeit, Arzt und Einkauf sowie Möglichkeiten sozialer Teilhabe; zusätzliche Autofahrten, notwendige Hilfe Dritter und vollständig unterlassene Wege.

Die Rückmeldungen werden durch Betriebsdaten zu Nachfrage, abgelehnten Buchungen, Zuverlässigkeit und Kosten ergänzt. Die hierfür erforderlichen Daten sind ab Betriebsaufnahme zu erfassen; das bisherige Angebot wird vor der Umstellung als Vergleichsgrundlage dokumentiert. Die Erfahrungen älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen werden gesondert betrachtet.

4. Evaluationsbericht spätestens nach sechs Monaten

Spätestens sechs Monate nach Betriebsaufnahme wird dem Aufsichtsrat der Stadtwerke und dem Stadtrat ein abgeschlossener Evaluationsbericht mit konkreten Verbesserungsvorschlägen vorgelegt. Bei einer gestaffelten Einführung gilt die Frist für jedes betroffene Gebiet gesondert. Der Bericht weist auch die Zahl der angeschriebenen Personen, den Rücklauf und die Aussagegrenzen der Befragung aus. Die anonymisierten Ergebnisse werden öffentlich zugänglich gemacht.

5. Verbindliche Nachbesserung bei erkennbaren Mängeln

Für festgestellte Mängel sind konkrete Abhilfemaßnahmen mit Zuständigkeiten und Umsetzungsfristen zur Entscheidung vorzulegen. Dazu gehören erforderlichenfalls Änderungen der Buchung, der Bedienzeiten oder die Ergänzung durch feste Linienfahrten. Erhebliche Probleme, die bereits während der Anlaufphase bekannt werden, sind unverzüglich aufzugreifen; notwendige Korrekturen dürfen nicht bis zum Evaluationsbericht aufgeschoben werden.

Begründung

Individuelle Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Sie entscheidet darüber, ob Menschen ihren Alltag eigenständig bewältigen, einen Arzt erreichen, arbeiten, einkaufen und persönliche Kontakte pflegen können. Wer kein Auto besitzt oder nicht mehr selbst fahren kann, braucht einen verlässlichen öffentlichen Nahverkehr. Eine praktisch nutzbare Busverbindung sichert persönliche Freiheit und gesellschaftliche Teilhabe.

Gerade ältere Menschen können durch einen Wechsel vom vertrauten Linienbus zu einem buchungspflichtigen Angebot vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt werden. Nicht jeder verfügt über ein Smartphone oder ist mit Apps und telefonischen Sprachassistenten vertraut. Ein Angebot erfüllt seinen Zweck erst dann, wenn die betroffenen Menschen es sicher nutzen können. Die praktische Einführung gemeinsam mit dem Seniorenbeirat soll deshalb Berührungsängste abbauen und konkrete Sicherheit im Umgang mit dem neuen System vermitteln. Diese Vorbereitung muss vor der Umstellung stattfinden.

Ein attraktiver ÖPNV ist zugleich eine wichtige Alternative zum Auto. Die bereits stark vom Autoverkehr belastete Passauer Innenstadt braucht weniger zusätzliche Autofahrten und Parksuchverkehr. Wird die Busnutzung zu umständlich oder unzuverlässig, droht eine Verlagerung auf das Auto; wer darauf nicht ausweichen kann, wird in seiner Mobilität eingeschränkt. Deshalb gehört die tatsächliche Nutzbarkeit des Angebots zwingend zur Bewertung seiner Wirtschaftlichkeit.

Die veröffentlichten Planungen sehen vor, bisherige Busverbindungen teilweise auf ein vorab zu buchendes Angebot umzustellen. Der PNP-Bericht vom 16. November 2026 verdeutlicht praktische Fragen zu Buchungsfristen, Rückfahrten und Gebieten mit schlechter Netzabdeckung. Solche Fragen betreffen unmittelbar den Alltag der Fahrgäste. Ob das System tragfähig funktioniert, muss deshalb anhand konkreter Erfahrungen überprüft werden.

Reine Buchungs- und Fahrgastzahlen reichen dafür nicht aus. Wer an der Buchung scheitert, aus Unsicherheit zu Hause bleibt oder künftig auf Angehörige angewiesen ist, erscheint möglicherweise überhaupt nicht in der Nutzungsstatistik. Die individuelle Ansprache aller Betroffenen macht auch diese Erfahrungen sichtbar. Sie gibt zudem Menschen eine Stimme, die sich weder in einer App noch auf einer Onlineplattform beteiligen.

Eine erste abgeschlossene Evaluation spätestens nach sechs Monaten ermöglicht frühzeitige Korrekturen, bevor sich Nachteile verfestigen oder Fahrgäste dauerhaft abwenden. Der Aufwand für eine gezielte persönliche Befragung ist angesichts der Bedeutung dieses Systemwechsels sachlich gerechtfertigt. Über den Erfolg entscheidet, ob die Menschen ihre Ziele zuverlässig erreichen und ihre Selbstständigkeit erhalten bleibt.

Für die Stadtratsfraktion FDP

Prof. Dr. Holm Putzke, Fraktionsvorsitzender

Prof. Georg Steiner, stv. Fraktionsvorsitzender

Sebastian Frankenberger, stv. Fraktionsvorsitzender